

AUS DEM GEMEINDERAT

Sitzung vom 18.10.2016

Tagesordnungspunkt 1

Bekanntgaben

Es gibt keine Bekanntgaben aus nichtöffentlicher Sitzung.

Tagesordnungspunkt 2

Betriebsplan 2017 für den Stadtwald Beilstein

Gemäß § 51 Abs. 2 Waldgesetz ist über den jährlichen Betriebsplan zu beschließen.

Kreisrevierforstleiter Christian Feldmann sowie Revierleiter Oliver Muth waren in der Sitzung anwesend, Sie haben den Betriebsplan erläutert und standen im Anschluss zur Beantwortung von Fragen zur Verfügung.

Herr Feldmann führte in seiner Eingangsrede aus, dass nach dem trockenen Jahr 2015, man im Jahr 2016 von einem erhöhten Risiko beim Befall des Borkenkäfers ausgegangen war. Glücklicherweise trug das ungewöhnlich kühle und sehr regnerische Frühjahr dazu bei, dass sich der Borkenkäfer nicht so stark wie angenommen vermehrt hatte. Auch das entstandene Sturmholz, welches aus den Wäldern entfernt werden musste, war im Jahr 2016 minimal.

Er führte zudem aus, dass sich die Schäden bezüglich der Schmetterlingsraupen (Frostspanner, Eichenwickler etc.) an den Blättern der Eichen im Stadtwald Beilstein sehr gering hielten. Das Eschensterben im gesamten Landkreis Heilbronn hält aber weiterhin an, so Feldmann. Diese Problematik habe allerdings für den Beilsteiner Stadtwald keine große Bewandnis, da diese nur vereinzelt dort zu finden sind.

Was Herrn Feldmann aber weiter Sorge bereite, sei das anhängige Verfahren bezüglich des kommunalen Holzverkaufes, beim OLG Düsseldorf.

Er erläuterte hierzu, dass das Bundeskartellamt Ende 2013 dem Land Baden-Württemberg mitgeteilt habe, dass es beabsichtige die Holzvermarktung in der aktuellen Organisation des Landes zu untersagen. Die waldbesitzartübergreifende Bündelung des Nadelstammholzes durch das Land Baden-Württemberg verstoße gegen Wettbewerbsrecht, soweit kommunale oder private Flächen über 100 ha einbezogen wären. Entsprechende Vermarktungsverträge mit Kommunen bzw. Privaten seien nichtig. Dem Land sollte ab 2015 verboten werden, entsprechende Holzverkäufe für Kommunen oder Private durchzuführen. Zum Holzverkauf würden auch vorbereitende Dienstleistungen der Holzernte (z.B. Auszeichnungen des einzuschlagenden Holzes) gehören.

Um den Forderungen des Bundeskartellamtes entsprechen zu können, wurde der Verkauf von Nadelstammholz aus den vom Landratsamt Heilbronn betreuten kommunalen und privaten Betrieben (nicht: Staatswald) mit mehr als 100 Hektar Waldfläche, organisatorisch vom Forstamt im Landratsamt Heilbronn abgetrennt und eine kommunale „Holzverkaufsstelle“ eingerichtet. Diese Aufgabe wurde einem ehemaligen Forstkollegen zugeteilt, da dieser organisatorisch der Kämmerei zugeordnet sei, bestünde keine räumliche oder persönliche Nähe mehr zum Forstamt.

Das Land hat mit den kommunalen Spitzenverbänden zu dem Thema in der Vergangenheit bereits Kontakt aufgenommen und eine Arbeitsgruppe gebildet. Aufgabe war es, kartellrechtskonforme Lösungen zu finden. Dabei wurden bereits einige Eckpunkte erarbeitet, so Feldmann. Ziel soll es sein die bisherigen Vorteile für die Betreuung und Bewirtschaftung des Waldes nach Möglichkeit beizubehalten. Herr Feldmann führte weiter aus, dass es ihm sehr wichtig sei, auch weiterhin eine effiziente und einheitliche Lösung mit allen Kommunen zu finden, damit der Wald auch weiterhin entsprechend bewirtschaftet und versorgt werden kann.

Man müsse nun die abschließende Entscheidung des OLG Düsseldorf abwarten um dann Modelle, die im Sinne des Urteils kartellrechtskonform sind, anbieten zu können. Herr Feldmann übergab nach seiner Eingangsrede dem Revierförster Oliver Muth das Wort um den Waldhaushalt 2017 vorzustellen.

Herr Muth berichtete, dass das Sturm- und Käferholz nur ca. 130 -150 Festmeter betrug. Dies sei aus forstwirtschaftlicher Sicht sehr erfreulich. Sehr erfreulich sei zudem gewesen, dass es dieses Jahr bisher keine Arbeitsunfälle im Wald gegeben habe. Er führte zudem aus, dass die Holzeinnahmen bereits Mitte Oktober über der Planung liegen. Trotzdem plane man vorsichtig, da sich auch durch wetterbedingte Einflüsse, die Situation ändern könne.

Herr Muth führte weiter aus, dass es zu höheren Holzerntekosten gekommen ist, da Sturm- und Käferholzaufarbeitungen immer mit einem höheren Zeitaufwand und somit auch mit mehr Personalkosten zu rechnen ist. Hier mussten im Jahr 2016 einige Maßnahmen durchgeführt werden. Zusätzlich gab es eine Verschiebung einer Abrechnung eines Unternehmens. Die entsprechenden Arbeiten wurden zwar im Jahr 2015 durchgeführt, allerdings erst im Jahr 2016 aufgrund verspäteter Rechnungsstellung kassenwirksam. Für das Jahr 2016 wird ein Betriebsergebnis/Überschuss von 27.00,00 EUR erwartet.

Besonders lobenswert erwähnte Muth, dass das diesjährige Bundespfadfinderlager. Durch die Mithilfe der Pfadfinder am Lebenswegetag konnten einige Arbeiten im Wald schneller und kostengünstiger durchgeführt werden. Die Pfadfinder haben hier richtig „rangeklotzt“ und hatten viel Spaß in der Natur.

Zum Abschluss ermutigte Herr Muth noch den Gemeinderat dazu, eine gemeinsame Waldbegehung mit dem Forstamt durchzuführen. Hierbei könne der Beilsteiner Wald noch besser kennen gelernt werden.

Mehre Stadträte bedankten sich für die gute Zusammenarbeit mit der Stadt. Ein Stadtrat erwähnte ebenfalls, dass es ihn freue, dass die Wanderwege, Spielplätze etc. vorbildlich durch die Forstmitarbeiter betreut werden. Aus seiner Sicht sei es auch wichtig, den Einschlag bei den Bäumen nicht zu weit nach oben zu setzen. Es könne nie schließlich nie vorher gesagt werden wie das weitere Jahr verlaufen werde.

Zudem möchte der Stadtrat wissen, wie sich die neue Roba-Richtlinie (Rehwildbewirtschaftung ohne behördlichen Abschussplan) auf die Jägerschaft auswirken wird. Herr Feldmann führt hierzu aus, dass diese aufgrund der Einführung des neuen Jagd- und Wildtiermanagementgesetzes eingeführt wurde. Die Richtlinie diene vor allem dazu die Nachhaltigkeit der Abschusspläne und der Natur zu erhalten. Er führte weiter dazu aus, dass vom Landratsamt Heilbronn bereits eine Mustervereinbarung erstellt wurde, die von allen Jagdpächtern der Stadt Beilstein bereits unterzeichnet wurde.

Ein weiterer Stadträte möchte wissen, wohin die Holzverkäufe geflossen sind. Es interessiere ihn, wie viel Prozent ins Ausland oder in andere Bundesländer gegangen sind. Zudem wäre es interessant zu wissen, ob es sich bei den Käufern um eher kleine oder große Betriebe handle. Herr Feldmann führte hierzu aus, dass nur ein geringer Anteil der Verkäufe ins Ausland gegangen ist. Die meisten Käufer waren aus Baden- Württemberg. Die Größe der Betriebe war immer unterschiedlich.

Ein anderer Stadtrat spricht sich bezüglich des anhängigen Verfahrens beim OLG Düsseldorf aufgeschlossen und zuversichtlich aus. Das Verfahren dürfe nicht nur negativ gesehen werden, es kann auch eine Chance für die Stadt bieten, schließlich entstünde ein weiter geöffneter Markt als bisher. Es freue ihn, dass die Kommunen auch in diesem Punkt künftig stärker ihren Einfluss geltend machen können und aktiv am Markt werden mitwirken können. Dies sei zuletzt bspw. auch bei den Verhandlungen der „Konzessionsverträge Strom“ der Fall gewesen.

Der Gemeinderat beschließt einstimmig unter Abwesenheit eines Stadtrates, dass dem Betriebsplan 2017 für den Stadtwald Beilstein zugestimmt wird.

Zudem beschließt der Gemeinderat einstimmig, dass die Verwaltung beauftragt wird, dass die vom Landratsamt Heilbronn –Forstamt- erstellten Planansätze in den Entwurf des Haushaltsplanes 2017 aufgenommen werden.

Tagesordnungspunkt 3

Varianten für Verkehrslösungen Oberstenfelder Straße/Forstbergweg

Ausgangslage:

Die Verkehrssituation im Bereich der Kreuzung Oberstenfelder Straße/Forstbergweg ist insbesondere zu den Hauptverkehrszeiten häufig sehr angespannt. Der Gemeinderat hatte sich mehrheitlich dafür ausgesprochen Verkehrslösungen zu untersuchen welche die bestehende Kreuzungssituation sowie die Zu- und Abfahrt zum Gewerbegebiet verbessern. Hierbei entstand die Idee eine Anbindung der Oberstenfelder Straße an die Talstraße zu schaffen.

Die Idee zur Realisierung eines Kreisverkehrs wurde verworfen

Der ursprüngliche Gedanke eines großen Kreisverkehrs in diesem Bereich wurde nach ersten Voruntersuchungen verworfen. Der Kreisverkehr hätte einen solchen Flächenbedarf gehabt, dass er an dieser Stelle kaum zu realisieren gewesen wäre. Insbesondere wäre eine große Inanspruchnahme privater Flächen sowie ein Umbau der Zuleitungen zur Kläranlage erforderlich geworden. Dies hätte insgesamt zu hohen Kosten für den Kreisverkehr geführt, obwohl auch ein Kreisverkehr nicht alle gewünschten Verkehrsströme ideal hätte bedienen können.

Variante der Anbindung der Talstraße in Form eines Vollanschlusses an zwei Kreuzungspunkten in Frage gestellt

Im weiteren Verlauf wurde seitens des Verkehrsplaners eine Variante entwickelt welche die Talstraße mittels zwei Kreuzungspunkten an die Oberstenfelder Straße anbindet. An beiden Kreuzungspunkten sollte das Ein- und Ausfahren sowie das Links- und Rechtsabbiegen möglich sein. Insofern wären mit dieser Variante also nach Möglichkeit zwei zusätzliche Vollanschlüsse geschaffen worden. Bei dieser Variante wurde seitens des Gremiums jedoch befürchtet, dass in der Folge die T-Kreuzung Talstraße/Forstbergweg überlastet werden könnte. Weiterhin könnte das Parken am Straßenrand in der Talstraße bei dieser Variante nur noch eingeschränkt zugelassen werden. Der Verlust an Parkmöglichkeiten im öffentlichen Straßenraum war daher ein weiterer Kritikpunkt dieser Variante. Als weiter Kritikpunkt wurde die Inanspruchnahme/Einschränkung privater Flächen angeführt. Weiterhin wurde die Situation für Fußgänger und Radfahrer als nicht ausreichend sicher angesehen.

Planungsauftrag für weitere Varianten und Variantenvergleich

Diese Kritikpunkte führten in der Gemeinderatssitzung im Juli letztlich mehrheitlich zu der Einschätzung des Gremiums, dass auf den Kreuzungspunkt Oberstenfelder Straße/Talstraße in Richtung Forstbergweg ganz verzichtet werden soll. Es solle lediglich einen Kreuzungspunkt Oberstenfelder Straße/Talstraße in Richtung Heerweg geben.

Damit dieser Kreuzungspunkt als Vollanschluss ausgebildet werden kann wurde angeregt auf der gegenüberliegenden Straßenseite (Umfeld Kläranlage) die Landesstraße etwas zu verschwenken.

Seitens der Verwaltung und des Verkehrsplaners wurde darauf hingewiesen, dass auch diese Variante mit Vor- und Nachteilen verbunden sein wird. Wesentlicher Nachteil wird sein, dass die Talstraße in diesem Fall zur Sackgasse werden wird. Dementsprechend wäre die Anlieferung und Wendemöglichkeit für die in der Talstraße ansässigen Betriebe erschwert bzw. teilweise unmöglich. Dem könnte lediglich durch eine Art „Bypass“ für die Talstraße entgegen gewirkt werden, was jedoch zur Folge hätte, dass der Kreuzungspunkt nicht mehr als Vollanschluss realisiert werden könnte.

Kurzum ist davon auszugehen, dass jede Variante aufgrund der Verkehrsmenge und vor allem der baulichen Ausgangslage mit Vor- und Nachteilen verbunden sein wird. In der Sitzung galt es daher abzuwägen welche Vor- und Nachteile der jeweiligen Variante wie stark gewichtet werden. Auch die Abwägung inwieweit jeweils eine Verkehrsentlastung für den Bereich des vorgelagerten Stadtkerns und für das Gewerbegebiet erreicht wird, ist von zentraler Bedeutung.

Seitens des Verkehrsplaners Weber wurden die Vor- und Nachteile der jeweiligen Variante in der Sitzung übersichtlich dargestellt und ausgeführt.

Minimallösung „Lückenampel“ an der Kreuzung Forstbergweg

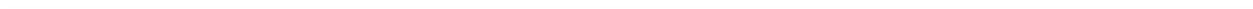
Im Zusammenhang mit der generellen Verkehrsproblematik im entsprechenden Umfeld wurde insbesondere das Linksabbiegen aus dem Forstbergweg in Richtung Stadtkern als problematisch angesehen. Das Ausfahren aus dem Forstbergweg könnte durch eine „Lückenampel“ erleichtert werden. Der Verkehrsplaner wurde daher in Juli-Sitzung des Gemeinderates gebeten zu überprüfen wie sich eine „Lückenampel“ an dieser Stelle auswirken würde. Schließlich soll vermieden werden, dass die Lückenampel zu größeren Rückstaus auf der Oberstenfelder Straße führt. Die Prüfung ergab, dass eine Lückenampel grundsätzlich denkbar sei, diese sich jedoch nur in Verbindung mit weiteren Maßnahmen (zusätzliche Kreuzung(en)) optimal integrieren ließe.

Bislang gibt es für die o.g. Kreuzungsvarianten sowie für die „Lückenampel“ noch keine Kostenkalkulation. Eine „Lückenampel“ wird jedoch voraussichtlich kostengünstiger sein als jegliche Kreuzungsvariante. Die „Lückenampel“ könnte, soweit sie als sinnvoll erachtet wird, als vorläufige alleinige Lösung realisiert werden oder mit einer der Kreuzungsvarianten kombiniert werden. Eine Stadträtin sprach sich dafür aus in jedem Falle eine Lückenampel zu realisieren.

Den Damen und Herren Stadträten lagen die Unterlagen zur Variantenuntersuchung in der Sitzung zur Beratung vor.

Nach der Vorstellung der 5 Varianten durch Herrn Weber, unterbreitete der Vorsitzende den anwesenden Gemeinderäten den Vorschlag, die Variante „Sackgasse Talstraße“ (Planfall 4) und die „Einbahnrichtung Talstraße auswärts“ (Planfall 2B), aufgrund der bereits bekannten Problematiken auszuschließen. Aus Sicht der Verwaltung und des Planers seien diese Vorschläge kaum realisierbar bzw. mit zu vielen Nachteilen verbunden. Das Gremium schloss sich diesem Vorschlag an.

Folgende Varianten waren daher Diskussionsgrundlage und wurden bezüglich Ihrer Vor- und Nachteile diskutiert:

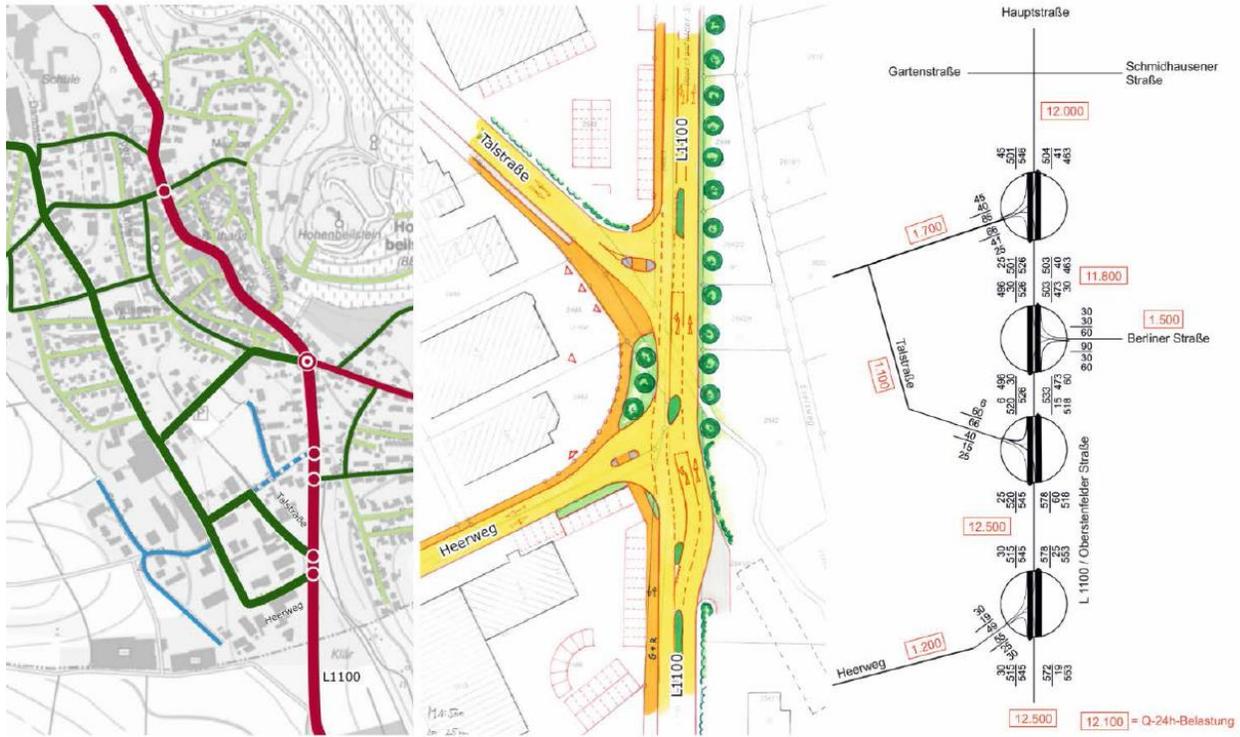


STADT BEILSTEIN

VERKERHSANBINDUNG TALSTRASSE / HEERWEG

PLANFALL 1 – „Vollanschluss Talstraße und Heerweg an L1100 “

Beurteilungskriterien	Chancen / Risiken	
Verkehrlich-städtebauliche Oberziele: - Verbesserung Erreichbarkeit GE Köchersgrund / Entwicklungsperspektive Süd - Verkehrliche Entlastung Kreuzung Nestle / Forstbergweg – Minimierung der verkehrlichen Konflikte	- Verkehrlich adäquate Verkehrsanbindung des Gewerbegebiets und der Entwicklungspotenziale Beilstein Süd. - Deutliche verkehrliche Entlastung und Reduzierung der Konfliktströme im kritischen Knotenbereich.	++ ++
Funktionalität Erschließungssystem: - Erreichbarkeit / LKW-Anlieferung bestehender Betriebe - Begreifbarkeit / Orientierung Verkehrssystem - Verkehrssicherheit / Befahrbarkeit - Auswirkungen auf Parkierung - Integration Radverkehr	- Die LKW-Andienung der angrenzenden Betriebszufahrten ist weiterhin gewährleistet. - Alle Fahrtbeziehungen sind möglich. - Berücksichtigung von Querungshilfen für Fußgänger und Radfahrer in den neuen Einmündungsbereichen. - Reduzierung der Parkierung insbesondere in der Talstraße / Einmündung Forstbergweg. - Aufgrund der geringen Verkehrsbelastung kann Radverkehr entsprechend integriert werden.	o + + - o
Realisierbarkeit: - Flächenbedarf - Kosten / Nutzen	- Minimierung der Eingriffe in das Grundstück Autohaus Mayer. - In Anbetracht der städtebaulichen Entwicklungschancen durchaus vertretbar.	o o
Sonstige Aspekte	- Verkehrszunahme insbesondere in der Talstraße erfordert entsprechende Maßnahmen in Knotenbereich mit dem Forstbergweg.	o
GESAMTBEURTEILUNG	Die verkehrlich-städtebaulichen Zielsetzungen werden in vollem Umfang erreicht.	++

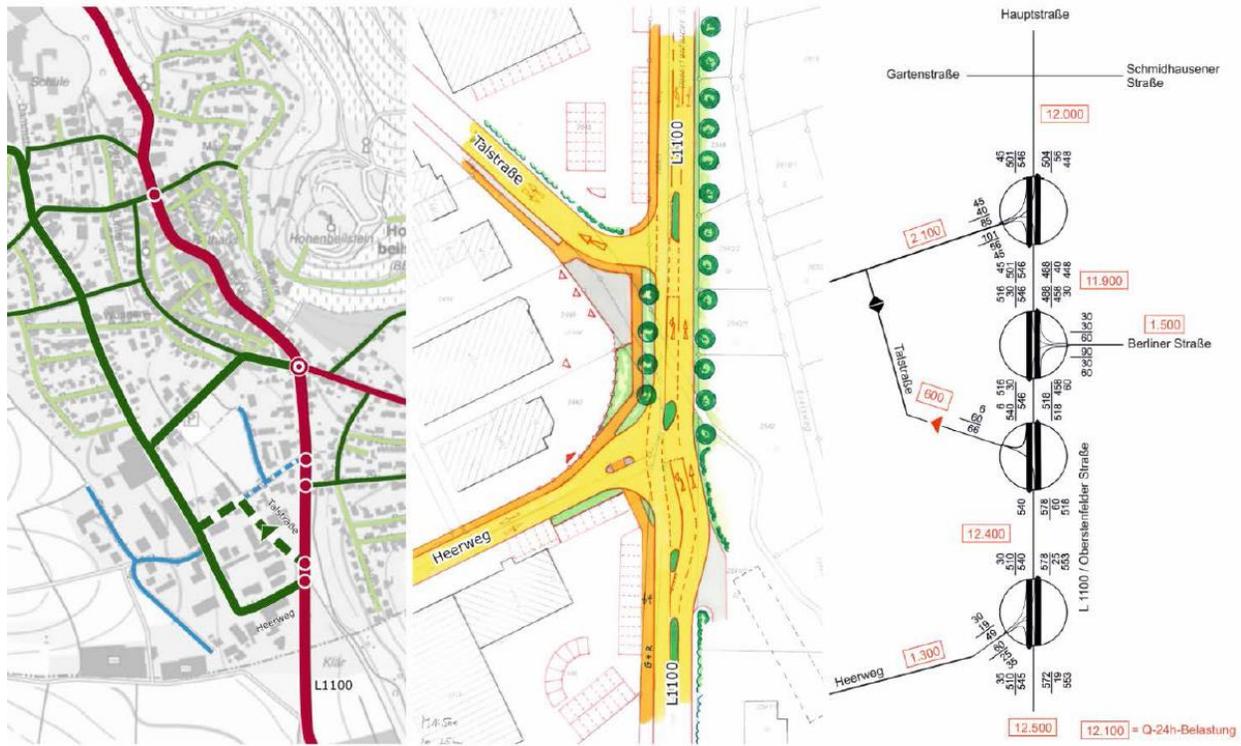


STADT BEILSTEIN

VERKERHSANBINDUNG TALSTRASSE / HEERWEG

PLANFALL 2A – „Einbahnrichtung Talstraße einwärts“

Beurteilungskriterien	Chancen / Risiken	
Verkehrlich-städtebauliche Oberziele: <ul style="list-style-type: none"> - Verbesserung Erreichbarkeit GE Köchersgrund / Entwicklungsperspektive Süd - Verkehrliche Entlastung Kreuzung Nestle / Forstbergweg – Minimierung der verkehrlichen Konflikte 	<ul style="list-style-type: none"> - Eine verkehrlich adäquate Verkehrsanbindung des Gewerbegebiets und der Entwicklungspotenziale ist insbesondere über den Heerweg gegeben. - Nur teilweise verkehrliche Entlastung der Konfliktströme in der relevanten Zufahrt des Forstbergwegs in die L1100. 	<p style="text-align: center;">+ +</p> <p style="text-align: center;">+</p>
Funktionalität Erschließungssystem: <ul style="list-style-type: none"> - Erreichbarkeit / LKW-Anlieferung bestehender Betriebe - Begreifbarkeit / Orientierung Verkehrssystem - Verkehrssicherheit / Befahrbarkeit - Auswirkungen auf Parkierung - Integration Radverkehr 	<ul style="list-style-type: none"> - LKW-Anlieferung der Grundstücke ist zwar gegeben, jedoch müssen die nördlichen Zufahrten der Talstraßenanlieger Ri. Forstbergweg ausfahren. - Durch Einbahnrichtung wird die Orientierung eher erschwert. - Berücksichtigung Querungshilfe im Heerweg und Einbahnverkehr positiv zu bewerten. - Reduzierung der Parkierung insbesondere in der Talstraße / Einmündung Forstbergweg. - Aufgrund der geringen Verkehrsbelastung kann Radverkehr entsprechend integriert werden. 	<p style="text-align: center;">-</p> <p style="text-align: center;">o</p> <p style="text-align: center;">+</p> <p style="text-align: center;">-</p> <p style="text-align: center;">o</p>
Realisierbarkeit: <ul style="list-style-type: none"> - Flächenbedarf - Kosten / Nutzen 	<ul style="list-style-type: none"> - Minimierung der Eingriffe in das Grundstück Autohaus Mayer. - In Anbetracht der städtebaulichen Entwicklungschancen durchaus vertretbar. 	<p style="text-align: center;">o</p> <p style="text-align: center;">o</p>
Sonstige Aspekte	<ul style="list-style-type: none"> - Auch bei der Einbahnrichtung im Zufahrtsbereich zur Talstraße sind in der Zufahrt zum Forstbergweg Maßnahmen erforderlich. 	<p style="text-align: center;">o</p>
GESAMTBEURTEILUNG	Die verkehrlich-städtebauliche Zielsetzungen werden im Wesentlichen erreicht.	<p style="text-align: center;">+</p>



STADT BEILSTEIN

VERKERHSANBINDUNG TALSTRASSE / HEERWEG

PLANFALL 3 – „Teilanbindung mit Bypass“

Beurteilungskriterien	Chancen / Risiken	
Verkehrlich-städtebauliche Oberziele: - Verbesserung Erreichbarkeit GE Köchersgrund / Entwicklungsperspektive Süd - Verkehrliche Entlastung Kreuzung Nestle / Forstbergweg – Minimierung der verkehrlichen Konflikte	- Nur begrenzte Verbesserung der Erreichbarkeit. - Nur teilweise verkehrliche Entlastung der Konfliktströme in der relevanten Zufahrt des Forstbergwegs in die L 1100 / Oberstenfelderstraße.	+ o
Funktionalität Erschließungssystem: - Erreichbarkeit / LKW-Anlieferung bestehender Betriebe - Begreifbarkeit / Orientierung Verkehrssystem - Verkehrssicherheit / Befahrbarkeit - Auswirkungen auf Parkierung - Integration Radverkehr	- Die LKW Anlieferung der Firma Mössinger ist gewährleistet. - Schwierige Orientierung durch Splitting der Zu-/ Abfahrtsrichtung in das Gebiet sowie den „Bypass“. - Sichere Führung der Fußgänger in den Einmündungsbereichen. - Reduzierung der Parkierung insbesondere in der Talstraße / Einmündung Forstbergweg. - Integration Radverkehr in Gegenrichtung zum „Bypass“ erschwert.	o -- + - o
Realisierbarkeit: - Flächenbedarf - Kosten / Nutzen	- Minimierung der Eingriffe in das Grundstück Autohaus Mayer. - In Anbetracht des relativ geringen Nutzens verhältnismäßig hoher baulicher Aufwand	o o
Sonstige Aspekte	- Verkehrszunahme insbesondere in der Talstraße erfordert entsprechende Maßnahmen im Knotenbereich mit dem Forstbergweg.	o
GESAMTBEURTEILUNG	Die verkehrlich-städtebaulichen Ziele werden nur unzureichend erreicht.	-



6

9 Planfall 3 - Prognose 2025 : "BYPASS"

Okt.
2016

Ein Stadtrat findet, dass sich der Vollanschluss der Talstraße und des Heerweges anbietet. Aus seiner Sicht könnte es allerdings problematisch werden, wenn alle Kreuzungsbereiche im morgendlichen Verkehr oder auch zum Feierabendverkehr, aufgrund vieler Autos, verstopft sind. Hierbei könnten kritische Situationen insbesondere für Fußgänger und Radfahrer entstehen.

Herr Weber führt hierzu aus, dass dies bereits mit der Verkehrsbehörde besprochen wurde. Aufgrund deren Empfehlung wurden deshalb in der angedachten Planung Verkehrsinseln etabliert. Somit versuche man an einigen Stellen die Gefahren wieder zu minimieren.

Ein weiterer Stadtrat spricht sich eher für den Planfall 3 Bypass aus. Durch diese Variante werde die Talstraße Richtung Süden wieder stärker befahren. Zudem möchte er wissen, ob das Einfahren in die Talstraße von der L1100 in den Heerweg nicht mehr möglich ist. Herr Werber erläuterte hierzu, dass dies bei dieser Variante nicht mehr vorgesehen ist.

Eine andere Stadträtin spricht sich für eine Lückenampel aus welche insbesondere das links Abbiegen aus dem Forstbergweg in die Oberstenfelder Straße erleichtern soll. Aus Ihrer Sicht mache die Variante 2A „Einbahnstraße Talstraße Einwärts“ nur bedingt Sinn. An einer Stelle bekommt man durch diese Variante den Verkehr verlagert, bekomme aber an anderer Stelle die Problematik, dass dort wesentlich mehr Verkehr die Talstraße befährt. Aus ihrer Sicht wird wahrscheinlich keine Lösung gefunden werden können, die alle Interessengruppen gleichzeitig befriedigt.

Anderer Meinung ist ein weiterer Stadtrat. Er spricht sich für die Variante 1, den Vollanschluss der Talstraße und des Heerweges an die L1100 aus. Aus seiner Sicht handelt es sich hier um keinen Kompromiss, sondern um die einzig richtige Lösung. Bei dieser Lösung werden alle Forderungen, auch die der eventuell betroffenen privaten Grundstückseigentümer, berücksichtigt. Die Kosten für diese Variante seien zudem nicht wesentlich höher, als die der anderen Varianten. Aus seiner Sicht müssten dann auch die dort ansässigen Gewerbetreibenden auf die Stellplätze auf der öffentlichen Straße verzichten. Viele andere Betriebe, haben ebenfalls nicht die Möglichkeit auf der Straße zu parken, sondern müssten auf ihren Betriebsgeländen entsprechende Plätze vorhalten.

Ein anderer Stadtrat gibt zu bedenken, dass zwei so große aufeinander folgende Kreuzungen ein erhebliches Risiko für alle Beteiligten darstellen. Aus seiner Sicht ist die zusätzliche Belastung in der Talstraße, aufgrund des erhöhten Verkehrsaufkommens, für Fahrradfahrer nicht ideal. Er trägt vor, dass die Variante des Vollanschlusses des Heerweges in Kombination mit einem Bypass, bei dem die Talstraße nur als Einbahnstraße (von der L1100 kommend) befahren werden darf, mehr als überlegenswert sei. Verkehrsplaner Weber führt hierzu aus, dass er diese Variante für nicht machbar hält. Die Situation wäre damit sehr unübersichtlich, Abbiegevorgänge welche planerisch nicht vorgesehen waren könnten in der Praxis entstehen und zu Schwierigkeiten führen.

Ein weiterer Stadtrat bestätigt die Aussage des vorherigen Stadtrates. Aus seiner Sicht ist der Vollanschluss beider Straße und somit 8 denkbaren Verkehrsströmen als gefährlich einzustufen. Er befürchte, dass dies in den nächsten Jahren zu erheblich mehr Unfällen führen wird, wenn diese Kreuzung wie in Variante 1 vorgeschlagen umgesetzt wird. Er erkundigt sich ob bei Variante 1 irgendwann, wenn das Verkehrsaufkommen noch weiter zunimmt, eine Regelung durch Ampeln nachgerüstet werden könne. Herr Weber führte hierzu aus, dass davon auszugehen sei, dass die vorgeschlagene Lösung für die künftigen Jahre leistungsfähig sei, eine Nachrüstung von Ampeln aber ggf. machbar sei.

Ein weiterer Stadtrat gibt zu bedenken, dass im Falle eines Vollanschlusses der beiden Straßen im Kurvenbereich um den städtischen Bauhof eine Rundung eingeplant werden muss. Damit

könne der Verkehrsfluss verbessert werden. Aus seiner Sicht sei der Heerweg die Schlüsselstelle für den Verkehr. Weil von dort aus die Ausfahrt nach Süden erfolgen wird.

Weitere Stadträte bedanken sich für die Arbeit des Verkehrsplaners und loben die gute inhaltliche und differenzierte Darstellung der einzelnen Verkehrslösungen. Ein Stadtrat möchte wissen ob bereits Gespräche mit privaten Grundstückseigentümern die betroffen sein könnten, geführt wurden. Dies konnte durch die Verwaltung bestätigt werden. Da die Variante 1 des Vollanschlusses ausschließlich eine Grünfläche und eine weitere bereits vertraglich gesicherte Fläche betreffe müsste sich nach dem Eindruck der ersten Gespräche eine einvernehmliche Lösung finden lassen.

Ein Stadtrat stellt den Antrag, eine weitere Variante durch den Verkehrsplaner prüfen zu lassen. Er beantragt eine Variante zu prüfen welche den Vollanschluss des Heerweges in Kombination mit einem Bypass in die Talstraße, welcher ausschließlich aus Richtung Noden befahren werden kann, ermöglicht. Ein Ausfahren aus der Talstraße in Richtung L1100 soll dabei nicht mehr möglich sein. Dieser Antrag wurde mehrheitlich, bei zwei Enthaltungen, abgelehnt.

Der Vorsitzende stellt daher den Antrag, dass der Planfall 1 Vollanschluss, umgesetzt werden soll. Der Verkehrsplaner Weber wird mit der Aufstellung der Kosten und der weiteren Abstimmung mit den Verkehrsbehörden beauftragt. Dieser Beschluss wird mit vier Gegenstimmen und zwei Enthaltungen mehrheitlich beschlossen.

Tagesordnungspunkt 4

Nachnutzung des Areals der heutigen Kindertageseinrichtungen Birkenweg und Gartenstraße

Der Neubau des Kinderhauses schreitet weiter voran. Bereits zu Beginn der Baumaßnahme hatten Gemeinderat und Verwaltung den Wunsch geäußert parallel zum Neubau des Kinderhauses ein Konzept zur Nachnutzung des Areals der heutigen Kindergärten Birkenweg und Gartenstraße zu errichten. Nach einer überarbeiteten Planung des Parkplatzes welcher künftig an das Kinderhaus angrenzen soll hat sich das neu zu planende Gebiet etwas verkleinert. Dennoch wird nach Fertigstellung des Kinderhauses noch ein Areal mit einer Größe von etwa 2.000 qm verbleiben welches einer neuen Verwendung zugeführt werden kann.

Das Areal befindet sich vollständig in städtischem Eigentum und grenzt nahezu an den Bereich des Stadtkerns an. Die Fläche ist als potenzielles Bindeglied zwischen dem vorgelagerten Stadtkern und dem Stadtkern selbst als städtebaulich besonders kostbar einzuschätzen. Das Umfeld wird sich in den nächsten 1-2 Jahren voraussichtlich folgendermaßen gestalten:

- Supermärkte im Bestand die mittels einer Querung über den Söhlbach verbunden sind
-

- Noch zu bauender Fuß- und Radweg entlang einer Teilstrecke des Söhlbachs
- Noch zu bauender großzügig gestalteter Park- und Festplatz unmittelbar vor dem Kinderhaus und in fußläufiger Nähe zum Stadtkern
- Noch zu bauende Wegeverbindung von den Brühlwiesen entlang des neu zu bauenden Parkplatzes auf den Zugang zum Gartenweg

Das Areal der heutigen Kindergärten Birkenweg und Gartenstraße ist im genannten Umfeld somit die letzte verbleibende, große Fläche welche für die noch keine konkrete Nachnutzung beschlossen ist.

Folgende Anregungen und Ideen für eine Nachnutzung des Areals wurden seitens des Gemeinderates, der Verwaltung sowie auch anhand der Rückmeldungen der letzten Einwohnerversammlung bislang eingebracht:

- Barrierefreies Wohnen aufgrund der guten Lage sowohl zum Stadtkern mit Einzelhändlern und Dienstleistern als auch zu den Supermärkten
- Betreutes Wohnen
- Errichtung eines Ärztehauses mit dem Ziel der langfristigen guten Versorgung Beilsteins mit Fachärzten für Allgemeinmedizin sowie weiteren Fachärzten
- Schaffung weiterer Flächen für Einzelhandelsangebote

Aus Sicht der Verwaltung sollte eine grundsätzliche Entscheidung darüber getroffen werden welche Nachnutzung für das Areal angestrebt und im weiteren Verlauf vorangetrieben werden soll.

Aus Sicht der Verwaltung wäre ein kombiniertes Neubauprojekt aus barrierefreiem Wohnen und Ärztehaus erstrebenswert. Das Wohnraumangebot an modernen, barrierefreien Wohnungen ist in der Nähe zum Stadtkern knapp. Unabhängig vom Lebensalter ist davon auszugehen, dass aktuell ein Bedarf für ein entsprechendes Wohnraumangebot vorhanden ist. Beilstein ist derzeit überdurchschnittlich gut mit Fachärzten und Allgemeinmedizinern ausgestattet. Die Sicherung der ärztlichen Versorgung ist eine wesentliche Aufgabe in Bezug auf den Erhalt der Qualität als beliebte Wohngemeinde. Aktuell ist der Verwaltung nicht bekannt inwieweit die ärztliche Versorgung voraussichtlich in 5-10 Jahren in Beilstein als gesichert erachtet werden kann. Es gibt kaum Erkenntnisse darüber für welche Praxen es in den kommenden Jahren voraussichtlich eine Nachfolgeregelung geben wird. Weiterhin ist aktuell noch nicht bekannt inwieweit für die ortsansässigen Ärzte ein Umzug in ein potenzielles Ärztehaus interessant wäre.

Die Verwaltung schlug daher dem Gemeinderat vor, zunächst das Gespräch mit den ortsansässigen Ärzten zu suchen um hierbei möglichst in Erfahrung zu bringen inwieweit für die Errichtung eines Ärztehauses ein Bedarf gesehen wird und der Neubau eines Ärztehauses eine denkbare Zukunftsperspektive sein könnte. Zur fachlichen Unterstützung erwägt die Verwaltung zu den Gesprächen einen auf diesem Gebiet spezialisierten externen Berater hinzuzuziehen.

Erst nachdem diese Gespräche geführt wurden soll abschließend entschieden werden ob das Projekt Ärztehaus weiter verfolgt werden soll.

Die weiteren Anregungen wie „betreutes Wohnen“ oder „Einzelhandelsflächen“ wurde bei der Sitzung ebenfalls diskutiert. Ziel sollte es sein eine Entscheidung darüber herbeizuführen welches Nachnutzungskonzept vorrangig weiter geprüft und vorangetrieben wird.

Eine abschließende Entscheidung darüber was für ein Vorhaben letztlich realisiert werden kann, wird erst getroffen werden nachdem die Erkenntnisse aus weiteren Untersuchungen und Gesprächen vorliegen.

Aufgrund der Vielzahl an kostenintensiven Aufgaben zur Gebäudesanierung oder Erneuerung an Bestandsobjekten empfiehlt die Verwaltung bei jedem Neubauprojekt auf dem entsprechenden Areal vorrangig eine Realisierung durch einen privaten Investor.

Ein Stadtrat spricht sich dafür aus, dass das Gespräch mit den Ärzten gesucht werden sollte. Aus seiner Sicht wäre es aber trotzdem wichtig auch weitere Möglichkeiten zu prüfen. Aus den Planunterlagen habe er ebenfalls entnommen, dass noch einiges an Freifläche in der unmittelbaren Nachbarschaft bestünde, welche derzeit noch unbebaut seien, zur Verfügung steht. Hier sollte die Verwaltung auch einmal prüfen, ob diese Flächen eventuell auch verwendet werden können.

Der Vorsitzende erläutert zum Gedanken des Ärztehauses, dass sich in den nächsten Jahren ein Generationenwechsel innerhalb der Ärzteschaft vollziehen wird. Die Bereitschaft der jüngeren Ärztegeneration eine Praxis nach den bisherigen Gegebenheiten zu führen sei nicht immer gegeben. Daher wird es erforderlich sein neue Wege zu gehen und neue Modelle zu entwickeln. Aus seiner Sicht sei es wichtig, dass die ärztliche Versorgung in Beilstein auch weiterhin sichergestellt ist.

Ein Stadtrat bemängelt, dass der Standort der Ärzteschaft in Beilstein schlechter dargestellt wird, wie er tatsächlich ist. Beilstein habe sehr gute Ärzte, die alle Bürger ausreichend versorgen können. Aus seiner Sicht mache es keinen Sinn, dass die Verwaltung bereits für die Zukunft etwas vorgibt ohne zu wissen, ob es hierfür überhaupt Interessenten gibt. Zudem sei es wichtig, dass man auf das bestehende Areal keinen „Bauklotz“ hinstelle und auch die bereits schon angespannte Parksituation beachten muss. Für die Anwohner der Gartenstraße und des

Birkenwegs muss eine bestimmte Verlässlichkeit im Hinblick auf das neue Projekt bestehen, damit auch dort eine Akzeptanz gefunden werden kann. Der Vorsitzende merkt an, dass die heutige ärztliche Versorgung unbestritten auf hohem Niveau sehr gut sei. Es gehe bei dem Gedanken des Ärztehauses jedoch darum dieses gute Niveau auch für die Zukunft zu sichern. Dazu gehöre es attraktive und zeitgemäße Räumlichkeiten zu schaffen um somit eine Zukunftsperspektive bieten zu können.

Ein weiterer Stadtrat schließt sich der Meinung an, dass zunächst mit den Ärzten gesprochen werden muss um den Bedarf nach einem eventuellen Ärztehaus abzufragen. Aus seiner Sicht ist die angestrebte Idee der Verwaltung, Wohnen und Ärztehaus zu vereinen eine gute Sache.

Ein anderer Stadtrat findet es wiederum nicht gut, dass die Stadt vorab schon die Weichen für eventuelle Maßnahmen stellt. Seiner Meinung nach sollte es offen gehalten werden und der bestmögliche Investor gefunden werden.

Durch einen weiteren Stadtrat wurde noch die Thematik bezüglich einer weiteren Investitionsidee angesprochen. Er sprach sich dafür aus, dass auch eventuell betreutes Wohnen an dieser Stelle geeignet wäre. Eventuell könne man hier mit dem Haus Ahorn Kontakt aufnehmen. Der Vorsitzende erläuterte hierzu, dass dies wahrscheinlich nur schwer möglich sein wird, da die Gegebenheiten für betreutes Wohnen dort nur schwer realisierbar sind. Das betreute Wohnen sollte idealerweise an ein Seniorenwohnheim angeschlossen sein, damit eine 24- Stunden Betreuung gewährleistet werden kann. Zudem gehe der Trend auch dahin, dass viele Personen im Alter möglichst lange in der eigenen Wohnung bleiben und sich durch externe Dienstleister bspw. bei der Essensversorgung, dem Haushalt und der Pflege unterstützen lassen.

Zum Abschluss regen zwei weitere Stadträte noch an, dass auch der soziale Wohnungsbau nicht vernachlässigt werden sollte. Einer der Stadträte wünschte sich eine nähere Ausarbeitung zu den einzelnen Ideen der Verwaltung, damit alle Vor- und Nachteile auf einen Blick zu erkennen sind. Dann können besser entschieden werden, welches Projekt eventuell umgesetzt werden kann.

Der Gemeinderat beschließt, dass die Verwaltung beauftragt wird, die Möglichkeit der Realisierung eines kombinierten Wohn- und Ärztehauses auf dem Areal der heutigen Kindergärten Birkenweg und Gartenstraße zu prüfen. Hierzu sollen insbesondere Vorgespräche mit den ortsansässigen Ärzten geführt werden.

Eine abschließende Entscheidung darüber welches Vorhaben auf dem Areal letztlich realisiert wird soll erst getroffen werden nachdem die Erkenntnisse aus den angestrebten Gesprächen und weiteren Untersuchungen der Machbarkeit vorliegen.

Tagesordnungspunkt 5

Genehmigung von Spendenannahmen

Es sind folgende Spenden eingegangen:

1. Firma Jochen Beck, Schreinerei & Zimmerei, Maad 14, 71717 Beilstein-Maad, hat für den Aufbau eines Buswartehauses in Kaisersbach anlässlich des Bundeslagers der Pfadfinder vom 27.07.2016 bis 07.08.2016 eine Sachspende (Rüst -Werkstatt- und Montagezeit) in Höhe von 2.549,46 Euro geleistet.

Nach § 78 Abs. 4 Gemeindeordnung dürfen Gemeinden zur Erfüllung ihrer Aufgaben nach § 1 Abs. 2 Spenden, Schenkungen und ähnliche Zuwendungen annehmen.

Über die Annahme hat der Gemeinderat zu entscheiden.

Die Zustimmung zur Entgegennahme der Spende wurde einstimmig erteilt.

Tagesordnungspunkt 6

Anfragen und Verschiedenes

Der Vorsitzende informiert darüber, dass es in der letzten Zeit Probleme mit der Beheizung der Grundschule und des Gymnasiums gab. Die Verwaltung hat sich nach Bekanntwerden der Probleme unmittelbar um eine Lösung bemüht. Es stellte sich jedoch heraus, dass nicht die Heizanlage selbst, sondern die dazugehörige Steuerung für die Schulen defekt ist. Die Heizanlage selbst wurde vor etwa drei Jahren komplett erneuert. Die Steuerung wurde zur Reparatur dem Ingenieurbüro übergeben welches die Technik ursprünglich installiert hatte. Bedauerlicherweise konnte das Ingenieurbüro die Steuerung nicht reparieren, wodurch kostbare Zeit verloren ging und die Raumtemperaturen weiter absanken. Die Installation einer komplett neuen Steuerung ist jedoch während der laufenden Heizperiode nicht möglich bzw. würde einen wochenlangen Ausfall der Heizung bedeuten. Es wurden daher nun als „Notlösung“ in etwa 140 Klassenzimmern die Thermostate aller Heizkörper abmontiert. Somit werden die Klassenzimmer nun vorübergehend voll beheizt da sie nicht mehr zentral angesteuert werden können. Parallel dazu wurden insgesamt 450 neue Thermostate bestellt. Die Thermostate werden hoffentlich zeitnah eintreffen und an den Heizkörpern in den Klassenzimmern montiert werden können. Damit wäre für die aktuelle Heizperiode zumindest eine manuelle Steuerung der Raumtemperatur in den Klassenzimmern möglich. Im weiteren Verlauf ist zu prüfen ob für die kommende Heizperiode der Einbau einer komplett neuen, automatisierten Steuerung realisierbar ist. Die Verwaltung bittet um Nachsicht für die entstandenen Unannehmlichkeiten.
